

**Christina Küsters
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**

**Sperrfrist: 21. Mai 2026
17.00 Uhr**

Rede
zur Verabschiedung
des Doppelhaushaltes
2026/2027
am
21. Mai 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Beratungen zum Haushalt zählen zu den zentralen politischen Debatten im Rat der Stadt. Und das, obwohl für die meisten Anwesenden längst feststehen dürfte, wie sie sich zum Etat und den vorliegenden Begleitbeschlüssen positionieren werden. Selbst die brillianteste Haushaltsrede wird in aller Regel kaum geeignet sein, Mehrheiten noch grundlegend zu verschieben oder Fraktionen zum Umdenken zu bewegen.

Doch am Etat entscheidet sich nicht nur, welche Projekte umgesetzt werden. Am Etat entscheidet sich, ob eine Stadt handlungsfähig bleibt. Ob sie gestalten kann. Ob sie Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern schafft.

Und deshalb ist es entscheidend, dass wir die heutige Debatte mit Ernsthaftigkeit führen, ohne politische Inszenierung und ohne den Versuch, schwierige Realitäten schönzureden.

Mülheim an der Ruhr ist eine Stadt mit großen Chancen. Eine Stadt mit engagierten Menschen.

Mit wirtschaftlicher Substanz. Mit starkem gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zu Recht wünschen, dass Politik Verantwortung übernimmt, verlässlich, pragmatisch, zukunftsorientiert und mit klarem Blick auf das Machbare.

Diesem Anspruch fühlen wir uns als CDU verpflichtet.

Deshalb tragen wir den heute vorliegenden Doppelhaushalt aus Überzeugung mit.

Nicht, weil alle Herausforderungen gelöst wären.

Nicht, weil die finanzielle Lage einfach wäre.

Sondern weil Verantwortung gerade in schwierigen Zeiten bedeutet, Entscheidungen zu treffen und Prioritäten zu setzen.

Wir tun das gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion in einer noch jungen, 10 Tage alten Kooperation.

Und ich will ausdrücklich sagen:

Diese Zusammenarbeit beginnt für meine Fraktion nicht mit dem Anspruch, nun alles anders zu machen.

Sie beginnt mit dem Anspruch, Verantwortung fortzuführen aber auch dort weiterzuentwickeln, wo es notwendig ist.

Wir erleben, dass die finanziellen Spielräume noch enger werden. Nach der Planung schließt der diesjährige Etat nun mit einem Defizit von 86,95 Millionen Euro.

Und so verstehe ich die heutige Berichterstattung der Presse, wenn sie schreibt:

„Wenn die ehrenamtlich tätige Politik nun im Stadtrat einen erzwungenermaßen wenig visionären Doppelhaushalt mit millionenschweren Finanzierungslücken aufstellt, wird deutlich, dass die Stadt längst schon mit ihrem Latein am Ende ist. Die Politik fegt die letzten Krümel zusammen, um Stadtgestaltung zumindest noch im Miniatur-Ausmaß in Angriff nehmen zu können.“

Doch die kommunalen Aufgaben hingegen wachsen weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Und viele Belastungen entstehen eben nicht vor Ort, sondern durch Entscheidungen von Bund und Land.

Und ja! Natürlich fordern wir weiterhin, eine stärkere Beteiligung von Landes- und Bundesregierung zum Beispiel an den Kosten der Unterkunft.

Fakt ist, dass an vielen Stellen Probleme anderer politischer Ebenen bei uns in den Kommunen abgeladen werden.

Ich bin heute gefragt worden, meine wievielte Haushaltsrede das eigentlich sei. Ich konnte die Frage aus dem Stand nicht genau beantworten, was ich aber sicher weiß, ist, dass in jeder der Reden das Thema Konnexität eine Rolle gespielt hat.

Aber gerade wegen der dramatischen Haushaltslage braucht es hier vor Ort eine mutige Politik, die eben nicht einfach feststellt, dass man mit dem Latein am Ende sei und das Rathaus abschließt, sondern die unermüdlich, ehrenamtlich und in

vielen Stunden versucht Lösungen zu finden. Weil das Klagen über die Gegebenheiten die Menschen in dieser Stadt nicht weiterbringt. Weil die Feststellung, dass wir aus eigener Kraft vor Ort vielleicht nicht mehr lange weiterkommen alleine den Bürgerinnen und Bürgern nicht hilft. Weil wir alle hier gewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind, mit der Aufgabe, uns um rund 173.000 Menschen zu kümmern, ob diese sich jetzt auf uns verlassen oder skeptisch und politikverdrossen sind.

Und es braucht eine Politik, die Prioritäten klar benennt.

„Mülheims Politik klammert sich an die wenigen Dinge, die sie als freiwillige Leistung für Bürger noch halten will.“ heißt es in der heutigen Ausgabe der WAZ.

Ja, das tun wir. Und das sollten wir auch weiterhin tun. Weil wir verantwortlich sind dafür, dass unsere Stadt lebens- und liebenswert bleibt.

Mit unserem Haushaltsbegleitantrag gelingt es uns daher auch bei allen finanzpolitischen Schwierigkeiten, einige wichtige politische Akzente für unsere Heimatstadt zu setzen. Lassen Sie mich - exemplarisch- auf einige Punkte eingehen.

Wir machen mit diesem Haushaltsbegleitbeschluss deutlich:

Wir wollen ein wirtschaftlich starkes, lebenswertes und sicheres Mülheim an der Ruhr.

Für uns beginnt das bei einer starken Wirtschaft. Denn nur eine wirtschaftlich erfolgreiche Stadt wird dauerhaft handlungsfähig bleiben. Deshalb entwickeln wir die Wirtschaftsförderung weiter und schaffen dort eine zusätzliche Stelle. Gleichzeitig stellen wir zusätzliche Mittel bereit, um neue Impulse für Ansiedlungen, Unternehmensbetreuung und Standortentwicklung zu ermöglichen.

Wir wollen zudem, dass sich Mülheim an der Ruhr weiter selbstbewusst präsentiert. Unsere Stadt verfügt über gute Standortqualitäten und engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer. Das muss auch sichtbar sein. Deshalb setzen wir auf ein intensiveres Standortmarketing, auf eine dauerhafte Präsenz bei der Expo Real und auf den Erhalt des Wirtschaftspreises als wichtiges Signal der Wertschätzung für unsere lokale Wirtschaft.

Ebenso wichtig ist für uns eine lebendige Stadtgesellschaft. Veranstaltungen, Stadtfeste und kulturelle Angebote schaffen Identifikation mit unserer Stadt und stärken das Miteinander. Deshalb schaffen wir bei der MST zusätzliche personelle Kapazitäten mit weiteren 1,5 Stellen, um Veranstaltungen und Aktivitäten auch künftig zuverlässig organisieren und absichern zu können.

Zudem unterstützen wir die Veranstaltungsreihe „Schön hier“, die Menschen zusammenbringt und unsere Innenstadt belebt. Gerade das Wallviertel hat sich zu einem herausragenden Beispiel etabliert, wie Innenstadt in einem angenehmen Ambiente auch in heutigen Zeiten funktionieren und Menschen zusammenführen kann.

Zu einer lebenswerten Stadt gehört aber auch eine kluge Stadtentwicklungspolitik. Wir wollen geeignete Gewerbeflächen zügig erschließen und entwickeln. Wer Arbeitsplätze sichern und neue schaffen will, muss Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Gleichzeitig wollen wir Fehlentwicklungen im Stadtbild konsequent entgegenwirken. Mit einem Vergnügungsstättenkonzept schaffen wir eine klare ordnungs- und planungsrechtliche Steuerung von Spielhallen, Wettbüros und ähnlichen Nutzungen.

Ebenso sorgen wir mit zusätzlichem Personal dafür, dass Bürgeranträge im Bereich Denkmalschutz schneller bearbeitet werden können. Denn zum einen wollen wir historisches Erbe erhalten, die Menschen dabei aber nicht durch langwierige Verfahren ausbremsen sondern dafür Sorge tragen, dass Ihnen beispielsweise steuerliche Vergünstigungen schneller zu Gute kommen.

Auch im sozialen Bereich setzen wir klare Akzente. Und ja, wir verzichten auf die Einführung der Bezahlkarte. Gleichzeitig ist für uns aber ebenso klar, dass bestehende gesetzliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen. Deshalb wollen wir gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ermöglichen und ihre Durchführung auch in den Blick nehmen. Integration bedeutet für uns immer auch Teilhabe, Mitwirkung und Verantwortung.

Wir unterstützen das katholische Jugendwerk „die kurbel“. Gerade Menschen in prekären Lebenssituationen müssen erreicht, beteiligt und gestärkt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Haushaltsbegleitbeschlusses liegt auf jungen Menschen und Familien. Denn Investitionen in Bildung und Betreuung sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Deshalb setzen wir den bedarfsorientierten Ausbau und die Sanierung unserer Schulen konsequent fort. Gleichzeitig forcieren wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur und sorgen für eine möglichst flächendeckende Bereitstellung einheitlicher digitaler Endgeräte. Moderne Bildung braucht auch moderne Ausstattung.

Ebenso wichtig ist uns aber die Frage, wie junge Menschen unsere Innenstadt erleben. Deshalb wollen wir zusätzliche Freizeitangebote prüfen und neue Aufenthaltsmöglichkeiten schaffen. Junge Menschen brauchen Räume in unserer Stadt für Begegnung, Freizeit und Gemeinschaft.

Und meine Damen und Herren, ein Punkt der meiner Fraktion und auch mir ganz persönlich besonders wichtig ist: Ganz konkret entlasten wir Familien, indem wir die Dynamisierung der KiTa-Beiträge für das Betreuungsjahr 2026/27 aussetzen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das ein wichtiges Signal an viele Eltern in unserer Stadt.

Natürlich würde ich mir wünschen, dass es uns möglich wäre, die Kita-Beiträge zu senken. Es war für meine Fraktion daher auch von ganz entscheidender Bedeutung, dass wir im Kooperationsvertrag vereinbart haben, dass eine Reduzierung der Elternbeiträge angestrebt werden soll, sobald wir finanzielle Spielräume identifizieren. Ich bin aber ausgesprochen glücklich, dass es uns trotz der schwierigen, der dramatischen Haushaltsslage gelungen ist, zumindest die Dynamisierung der Beiträge auszusetzen.

Auch in den Bereichen Umwelt sowie Sicherheit und Ordnung setzen wir auf konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen. Mehr und modernisierte Abfallbehälter sorgen für ein saubereres Stadtbild. Durch bessere Ausleuchtung wollen wir Angsträume beseitigen und das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum stärken.

Darüber hinaus stärken wir den Kommunalen Ordnungsdienst und die Bußgeldstelle personell und schaffen eine weitere mobile Geschwindigkeitsüberwachungsanlage zur Verbesserung der Schulwegsicherheit.

Und schließlich investieren wir weiterhin gezielt in Kultur und Sport. Denn Kultur, Ehrenamt und Vereinsleben sind das Fundament einer lebendigen Stadtgesellschaft.

Wir sichern den Bestand der Stadtteilbüchereien mit ausreichendem Personal und erhalten wichtige kulturelle Einrichtungen sowie historische Gebäude.

Gleichzeitig unterstützen wir die Förderung der Erinnerungskultur, weil historische Verantwortung und demokratisches Bewusstsein dauerhaft gepflegt werden müssen.

Auch im Sport setzen wir klare Prioritäten. Wir wollen vorhandene Infrastruktur stärken. Und wir wollen, dass die geplante beleuchtete Laufstrecke im Rahmen der IGA 2027 ermöglicht wird. Hier muss es Möglichkeiten geben, eine Umsetzung auch unter umweltpolitischen Aspekten zu ermöglichen.

Darüber hinaus stärken wir den Leistungs- und Breitensport durch zusätzliche Mittel für den Olympiastützpunkt sowie für den Mülheimer Sport Förderkreis. Und wir führen die Schwimmstelle am Ruhrstrand fort, die sich weiter zu einem wichtigen Freizeit- und Aufenthaltsort für viele Menschen in unserer Stadt entwickeln soll, verbunden mit der Hoffnung, auf viele schöne Sommertage und eine deutliche Steigerung von Tagen, an denen das Baden in der Ruhr möglich ist.

All diese Punkte zeigen: Dieser Haushaltsbegleitbeschluss steht nicht nur für solides Wirtschaften und verantwortungsvolle Prioritätensetzung. Er steht vor allem für den Anspruch, unsere Stadt trotz schwieriger Rahmenbedingungen aktiv weiterzuentwickeln und konkrete Verbesserungen für die Menschen in Mülheim an der Ruhr zu erreichen.

Der Begleitantrag bedeutet für uns auf der anderen Seite aber vor allem auch eins: Ehrlich mit den Menschen umzugehen.

Durch den Beschluss des Rates der Stadt Mülheim an der Ruhr, den Hebesatz für die Grundsteuer B auf 990 Punkte festzusetzen, ist eine zusätzliche Haushaltslücke von ca. 8,6 Mio. Euro entstanden. Das war eine bewusste politische Entscheidung.

Denn wir wissen, was steigende Belastungen für Familien, Eigentümerinnen und Eigentümer, Mieterinnen und Mieter bedeuten.

Aber genauso gehört zur Ehrlichkeit dazu:

Wenn Einnahmen fehlen, müssen sie gegenfinanziert werden und durch andere Maßnahmen kompensiert werden.

Und genau deshalb haben wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Haushaltsbegleitbeschluss vorgelegt, der auf Umsetzbarkeit und solider Gegenfinanzierung basiert.

Dazu gehören selbstverständlich auch Entscheidungen, die nicht überall auf Zustimmung stoßen werden. Aber verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet eben nicht, den Menschen unrealistische Versprechen zu machen. Verantwortung bedeutet, offen zu benennen, wie Leistungen, Investitionen und Entlastungen tatsächlich finanziert werden sollen.

Deshalb führen wir eine Bettensteuer in Höhe von 5 Prozent auf den Brutto-Übernachtungspreis ein. Wir halten dies für vertretbar und angemessen, auch im Vergleich zu vielen anderen Städten. Gleichzeitig erwarten wir hierdurch jährliche Zusatzeinnahmen in Höhe von rund 500.000 Euro.

Darüber hinaus schaffen wir mit der Einführung einer Grundsteuer C auf unbebaute Grundstücke zusätzliche Anreize, Flächen tatsächlich zu entwickeln. Uns war dabei wichtig, dass kooperative Investoren und Flächenentwickler hierdurch nicht unangemessen belastet werden.

Wir setzen auf weitere Entlastungen durch die geplante Altschuldenübernahme des Bundes sowie auf ein verbessertes Ausgabencontrolling, insbesondere im Sozialbereich, in dem wir mit ganz erheblichen Kosten konfrontiert sind.

Und auch dort, wo städtische Zuschüsse gezahlt werden, erwarten wir einen verantwortungsvollen Umgang mit vorhandenen Mitteln, ohne dass wir wichtige Aktivitäten in Frage stellen wollen.

So soll das Theater an der Ruhr aus der Kapitalrücklage eine zusätzliche Innenfinanzierung zur Konsolidierung leisten und darüber hinaus seine Betriebsabläufe fortlaufend überprüfen.

Hier geht es ausdrücklich nicht um eine Einkürzung des Angebotes und auch nicht um eine pauschale Kürzung von Zuschüssen, ohne dass abgeschätzt werden könnte, ob und welche Konsequenzen damit verbunden wären. Hier geht es um Dialog und darum Ausgaben und Einnahmemöglichkeiten kritisch auf links zu drehen.

Meine Damen und Herren, genau darin liegt für uns der Unterschied zwischen pauschalen, oftmals ungeprüften und populären Forderungen und seriöser Haushaltspolitik:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein bisschen bekümmert bin ich auch in diesem Jahr darüber, dass ich aufgrund des turnusmäßigen Wechsels recht zu Beginn der Etatreden zu Ihnen sprechen darf.

Doch kurz vor 14 Uhr beehrte uns auch die FDP/BaMH-Fraktion mit einem Haushaltsantrag – und, lieber Peter, dieser ist so voller Substanz und Inhalt, dass er es einem ermöglicht, auch in der Kürze der Zeit Stellung hierzu zu beziehen – danke dafür. Ein bisschen enttäuscht war ich schon, dass er sich nicht einmal die Mühe macht, alte Forderungen etwa der BaMH aufzugreifen – stattdessen wird einfach global die Verantwortung abgeschoben, auf die Verwaltung. Diese wird beauftragt, doch einmal Aufgabenkritik zu etablieren, eine Idee, auf die ohne die FDP/BaMH-Fraktion sicher noch nie jemand gekommen ist. Konkrete eigene Vorschläge gibt es nicht, eher Schlagworte, dann aber die Feststellung, dass sich nach einer ersten überschlägigen Bewertung Einsparpotenziale in Millionenhöhe ergeben.

Seitens der Fraktion, Bündnis 90/die Grünen liegt heute jedoch ein ernstzunehmender alternativer Haushaltsbegleitbeschluss auf dem Tisch.

Meine Damen und Herren,

natürlich hätten wir uns einen möglichst breiten demokratischen Konsens auch für diesen Doppelhaushalt gewünscht.

Daher war es uns wichtig, dass hierzu Gespräche geführt werden.

Zwischen den Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/die Grünen war hierzu ein zweistufiger Prozess vereinbart: Zunächst sollten die finanzpolitischen Sprecher eruieren, ob man beim Thema „Grundsteuer“ zu einer einvernehmlichen

Formulierung findet. Da dies nicht gelang, erübrigten sich dann bedauerlicherweise jedoch weitere Gespräche um die anderen Punkte der Begleitanträge.

Ich möchte zunächst deutlich sagen, dass es auch einige Punkte gibt, in denen wir übereinstimmen: Abmietung von Asylunterkünften, Grundsteuer C oder die Bettensteuer wären hier zu nennen.

Doch am Ende sind die von den Grünen vorgeschlagenen Gegenfinanzierungsvorschläge nicht belastbar.

Durch den vollständigen Verzicht auf eine Anhebung des Grundsteuerhebesatzes in dem Haushaltsbegleitantrag von Bündnis 90/Die Grünen entsteht eine Lücke von 13,5 Mio. Euro, die durch die vorgeschlagenen Maßnahmen jedoch eben nicht gedeckt wird.

Auch wir wollen Personalausgaben reduzieren. Daher unterstützen wir die HSK-Maßnahme 200 und auch weitergehende Anstrengungen.

2,5 Mio. Euro bereits in 2026 -meine Damen und Herren, das sind 40-50 Stellen, noch in diesem Jahr- sehen wir aber nicht. Zudem müssten diese noch mit dem Personalrat abgestimmt werden.

3 Mio. Euro sollen durch ein „effizientes Vorgehen hinsichtlich der allgemeinen Mittelaufwendungen in der Verwaltung“ eingespart werden. Wir waren in unserem Antrag da so ehrlich, vom rechtlich vorgesehenen „Globalen Minderaufwand“ zu sprechen. Nichts anderes ist das hier.

Summiert man alle Maßnahmen des Haushaltsbegleitantrags der Grünen, verbleibt zudem immer noch ein Delta von 1,68 Mio. Euro. – auch das müsste durch einen Globalen Minderaufwand gedeckt werden.

Im übrigen ist es mitnichten der Fall, dass der Haushaltsbegleitantrag der Grünen „konservativ“ gerechnet ist: Man kalkuliert bei der Bettensteuer mit einer Steuer von 8% auf den Übernachtungspreis, wir mit 5 % - Unterschied: 300.000 Euro pro Jahr.

Die Umstellung auf LED soll schon ab dem ersten Jahr 250.000 Euro bringen. Das ist zu hoch gegriffen, wir rechnen mit 70.000 Euro.

Bei der Einsparung der Dezernentenstelle geht man mit 270.000 Euro in die Vollen, schwarz-rot mit 90.000 Euro weniger.

Meine Damen und Herren,

wer Millionenbeträge bei der Grundsteuer einsparen will, muss auch konkret sagen, wo und wie. Wer Belastungen vermeiden will, muss erklären, wie Leistungen trotzdem finanziert werden sollen.

Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Nicht aus parteitaktischen Gründen.

Sondern weil wir überzeugt sind, dass Kommunalpolitik Verlässlichkeit braucht, gerade in schwierigen Zeiten.

Aber auch, weil wir die Lebensrealitäten der Menschen im Blick haben müssen.

Die Grünen machen deutlich – und das eint uns, dass sie die Bürgerinnen und Bürger nicht belasten wollen. Tatsächlich enthält das Konzept aber knapp 3,9 Mio. Euro Steuer- und Abgabenerhöhungen.

Und über 1,8 Mio. Euro, also mehr als die Hälfte davon, soll der Autofahrer im Rahmen von Parkraumüberwachung und durch den Ausweis neuer Parkzonen aufbringen.

Meine Damen und Herren,

viele Menschen in unserer Stadt sind auf das Auto angewiesen. Viele pendeln täglich.

Viele organisieren Familie, Arbeit und Alltag unter hohem, auch zeitlichem Druck.

Mobilitätspolitik muss deshalb pragmatisch sein — nicht ideologisch.

Lieber Timo, lieber Hanna, auch wenn wir heute an dieser Stelle nicht zusammenkommen, so hoffe ich, dass wir weiter als demokratische Fraktionen im Gespräch bleiben. Peter auch für Dich gilt diese Einladung zur Konstruktivität ausdrücklich.

Lassen Sie mich nach diesen notwendigen Klarstellungen den Blick nun wieder auf das richten, was diesen Doppelhaushalt am Ende getragen hat. Nämlich die engagierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit vieler Beteiligten.

Für den Beschluss des heutigen Doppelhaushaltes gilt mein herzlicher Dank zu vorderst natürlich den Mitgliedern meiner Fraktion, den Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertretern, den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und allen Ideen- und Ratgebern der CDU-Fraktion, die sich in dem Verfahren zur Aufstellung eines soliden Doppelhaushaltes eingebracht haben. Ebenso den Kolleginnen und Kollegen der SPD, die partnerschaftlich in wirklich sehr angenehmer Atmosphäre, wertschätzend und vertrauensvoll mit uns die unterschiedlichsten Ideen diskutiert und einzelne Positionen abgewogen haben.

Unser Kämmerer Frank Mendack war und ist uns bei allem - so wie auch wieder bei den diesjährigen Haushaltsberatungen- eine große Unterstützung.

Für jede Frage waren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanz- und ebenso der einzelnen Fachverwaltungen vertrauensvolle und kompetente Ansprechpartner. Hierfür möchte ich mich bei allen Beteiligten im Namen meiner Fraktion sehr, sehr herzlich bedanken.

Lieber Marc,

ich bin unglaublich dankbar, dass Du Oberbürgermeister unserer wunderschönen Stadt bist und danke Dir sehr, sehr herzlich für Dein unermüdliches Engagement für unsere Stadt und den unverbesserlichen Optimismus auch in schwierigen Lagen.

Meine Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen waren nicht einfach. Der vorliegende Doppelhaushalt verlangt Entscheidungen, die nicht immer bequem sind.

Er zwingt uns, Prioritäten zu setzen.

Und er zeigt deutlich, wie angespannt die Lage der Kommunen inzwischen ist.

Aber er zeigt auch:

Mülheim an der Ruhr gestaltet. Mülheim an der Ruhr investiert. Und Mülheim an der Ruhr übernimmt Verantwortung.

Genau dafür stehen wir als CDU-Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion in unserer Kooperation.

Nicht für politische Schlagworte. Nicht für kurzfristige Effekte.

Sondern für Verlässlichkeit, Stabilität und eine Politik mit Augenmaß.

Ich freue mich in diesem Sinne auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit in unserer Heimatstadt und darauf diese vertrauensvoll und verantwortungsbewusst zum Wohle der Stadtgesellschaft zu gestalten.

Unser Ziel ist dabei klar. Wir wollen, dass Mülheim eine lebenswerte, wirtschaftlich starke und sozial verantwortliche Stadt bleibt, auch unter schwierigen Bedingungen. Daran werden wir weiter arbeiten.

Schritt für Schritt. Verlässlich.

Und vor allen Dingen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserer wunderbaren Stadt.

Herzlichen Dank.